

Siebert, Horst

Article — Digitized Version

Öl- und Benzinrationierung, ein ratsamer Ansatz?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Siebert, Horst (1981) : Öl- und Benzinrationierung, ein ratsamer Ansatz?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 61, Iss. 1, pp. 41-46

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3578>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Öl- und Benzinrationierung – ein ratsamer Ansatz?

Horst Siebert, Mannheim, z. Zt. Cambridge (Mass.)*

Als Reaktion auf Verknappungen von Erdöl aufgrund von Kriegen oder politischen Konflikten, aber auch als Antwort auf Strategien der OPEC, favorisiert die eine oder andere Gruppe eine Rationierung von Erdöl oder Erdölprodukten. Auch in der Bundesrepublik werden von Ministerialbeamten Planspiele betrieben, wie Erdöl und Benzin im Falle eines Falles rationiert und verteilt werden sollen. Der folgende Beitrag untersucht kritisch die Vor- und Nachteile der Rationierungspolitik im Energiebereich.

In der Energieversorgung der rohölimportabhängigen westlichen Industrienationen sind abrupte Mengenänderungen des Energieangebots nicht ausgeschlossen. „K-Knappheiten“ oder Krisen-Knappheiten, wie Streissler¹ sie nennt, erlebte die Weltwirtschaft bei Erdöl 1973/74 im Zusammenhang mit dem Yom-Kippur-Krieg, 1979 mit den Änderungen im Iran und 1980 mit dem irakisch-iranischen Konflikt. Als Reaktion auf diese Entwicklungen, aber auch als Antwort auf Strategien der OPEC, wird auch eine Rationierung von Erdöl oder Erdölprodukten ins Auge gefaßt.

Daß die Idee der Rationierung in Situationen auftaucht, wenn sich abrupte oder politisch bedingte Verknappungen in der Güterversorgung einstellen, ist nur allzu verständlich. Verknappungen bedeuten Preisanstieg, und viele halten es nicht für gerechtfertigt, die Preise steigen zu lassen. In der Regel ist die Rationierung verteilungspolitisch oder – allgemeiner – aus Gerechtigkeitsüberlegungen motiviert. Bezieher niedriger Einkommen werden von einem Preisanstieg in besonderer Weise betroffen; dieses hält man für unzumutbar².

Die moralische Motivierung der Rationierung weist darauf hin, daß Rationierung³ die Zuteilung einer verringerten Menge mit einem Preisstopp oder einem

* Der Verfasser dankt der Stiftung Volkswagenwerk für wissenschaftliche Förderung.

Prof. Dr. Horst Siebert, 42, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre und Außenwirtschaft an der Universität Mannheim.

Höchstpreis kombiniert. Der Preismechanismus wird durch einen anderen Zuteilungsmechanismus ersetzt.

Die Beliebtheit von Rationierungsmaßnahmen beruht nicht zuletzt darauf, daß Rationierungen eine schnelle Reaktion der Politik auf ein Problem darstellen. Die Öffentlichkeit erwartet von den politischen Instanzen, daß sie Probleme lösen. Und Politiker legitimieren sich durch Problemverständnis und Problemlösungen. Die Rationierung hat den Vorteil, schneller politisches Handeln vorzuweisen.

Gute Intentionen sichern noch keinen Erfolg. Ethische Urteile müssen sich gefallen lassen, auf ihre Implikationen hin überprüft zu werden. Welche Konsequenzen hat eine Rationierungspolitik? Welche Kosten ökonomischer, aber auch politischer Art muß man in Kauf nehmen, wenn man dieses Instrument anwendet?

Das Problem des „Schlüssels“

Da die Rationierung Preise und Märkte als Zuteilungsmechanismus bewußt ausschaltet, muß die verringerte Menge (oder die zu einem gegebenen Preis zu geringe Menge) nach einem Schlüssel auf die Nachfrager aufgeteilt werden. Schließt man Vettern-

¹ E. Streissler: Die Knappheitsthese – Begründete Vermutungen oder vermutete Fakten, in: H. Siebert (Hrsg.): Erschöpfbare Ressourcen, Duncker & Humblot, Berlin-München 1980, S. 9-36.

² Es sei am Rande vermerkt, daß man diesen verteilungspolitischen Schutz bestimmter Gruppen über andere Instrumente als die Rationierung, etwa durch vorübergehende Transfers, besser erreichen kann.

³ In der neueren Literatur wird Rationierung nicht nur auf Verknappungen von Gütern bezogen, sondern sie bezieht sich auch auf Ungleichgewichte zwischen Nachfrage und Angebot bei gegebenen Preisen auf allen Märkten, d. h. auch auf den Faktormärkten.

wirtschaft, die Zugehörigkeit zur herrschenden Partei oder dominierenden Institutionen und eine Art Lotterie am Samstagabend im Fernsehen, selbstverständlich unter notarieller Aufsicht; aus, muß der Rationierungsansatz einen sinnvollen Verteilungsschlüssel finden. In der Regel bietet sich das bisherige Verbrauchsmuster an. Wer bisher viel Benzin verbraucht hat, erhält anteilig eine größere Menge. Und wer mehr Heizöl verwendet hat, bekommt eine größere Zuteilungsmenge.

Bei der Definition des Schlüssels aber beginnt bereits das Problem. Woher hat der Staat Informationen über die Verbrauchsmengen an Benzin und Öl? Führt das dazu, daß wir demnächst nur noch bei einer Tankstelle tanken, ähnlich wie wir wegen des Zollscheins nur noch bei einem Heizölhändler Heizöl einkaufen?⁴ Läßt man diese Informationsproblematik beiseite, so haben Schlüssel den Nachteil, daß sie gegebene Verbrauchsstrukturen festschreiben. Wer z. B. bisher viel Heizöl verwendet hat, erhält anteilmäßig eine größere Menge. Die Vergangenheit bekommt ein unnötiges Gewicht. Gründet jemand eine neue Firma, fällt er aus dem üblichen Rahmen, und er wird beweispflichtig gegenüber der Zuteilungsbehörde, daß er ein Sonderfall ist. Sonderfälle sind für Verteilungsbehörden immer unangenehm. Auch wenn Herr X (etwa ein Student), gerade verheiratet⁵, wegen geringer Mietkosten aufs Land zieht, weil er sich keine Stadtwohnung erlauben kann, muß er nachweisen, daß er mehr Benzin als bisher braucht. Wenn jemand von einem benzin-armen Beruf (Zugschaffner) zu einem benzin-intensiven Beruf übersiedelt (Handelsvertreter), wird er zunächst

⁴ Falls der Leser meint, der Verfasser suggeriere, daß die Erhebung der Mineralölsteuer und die damit verbundene Schaffung eines Zollscheins einen Monopolbereich für Heizölhändler geschaffen habe – dies ist beabsichtigt.

⁵ Heirat, standesamtlich dokumentiert, ist bei einem Rationierungsszenario durchaus benzin- und örelevant. Dieser positive bevölkerungspolitische Aspekt einer Rationierung wird im folgenden nicht weiter verfolgt.

einmal, was das Benzin betrifft, ein Fall für die Behörde.

Wie soll ein expandierendes Unternehmen von der Rationierung behandelt werden? Welcher Regelung sollen expandierende Wirtschaftszweige unterworfen werden? Wie weisen wachsende Sektoren nach, daß sie wachsen werden? Und wie ist der Verteilungsschlüssel zwischen Haushalten und Industrie zu gestalten? Wie ist zwischen den Interessen der verschiedenen Wirtschaftszweige abzuwägen? Wer entscheidet in welchen Entscheidungsprozessen darüber, welcher Verwendung vorrangig Energie zufließen soll, und nach welchen Kriterien? Woher hat der Entscheidende die Information über die relevante Nachfrage von Sektoren? Per saldo darf man erwarten, daß die Rationierung sich an statischen Gegebenheiten und vorhandenen Strukturen orientiert, aber nicht an dynamischen Erfordernissen.

„Was die Weltwirtschaft angeht, so ist sie verflochten“, meinte einst Kurt Tucholsky. Rationierung kann deshalb nicht auf ein Land beschränkt bleiben, sondern muß weltweit angewandt werden. Es ist ja bereits vorgesehen, daß bei einer kritischen Versorgungslücke von 7 % bei Erdöl die Internationale Energie Agentur in Paris das vorhandene Erdöl auf verschiedene Industrienationen aufteilen kann. Wie aber soll diese Rationierung aussehen? Soll der internationale Verteilungsschlüssel nach dem bisherigen Verbrauch fixiert werden? Wieso ist das Verbrauchsmuster der Vergangenheit ein gerechter Maßstab für Länder der Dritten Welt, für die ein starkes Wachstum unerlässlich ist? Ist die moralisch begründete Rationierung noch so moralisch, wenn man den Nord-Süd-Konflikt in Betracht zieht? Wie werden die Entwicklungsländer von der internationalen Energie Agentur angemessen berücksichtigt? Soll bei einer weltweiten Rationierung die

WELTKONJUNKTUR DIENST

Jahresbezugspreis
DM 80,-
ISSN 0342-6335

Der Vierteljahresbericht, der von der Konjunkturabteilung des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg erarbeitet wird, analysiert und prognostiziert die wirtschaftliche Entwicklung in den wichtigsten westlichen Industrienationen sowie auf den Weltrohstoffmärkten.

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

Energieverschwendung der einen oder anderen Nation nachträglich honoriert werden, die ihre Energiepreise nicht den Knappheitsrelationen angepaßt hat?

Die Problematik politischer Preise

Ein Aspekt der Rationierung ist, daß der Preis dem Markt entzogen wird und politisch bestimmt wird. Die Preissetzung vollzieht sich im politischen System, vor den Augen der Öffentlichkeit, unter Einfluß von Interessengruppen, die von der Preissetzung tangiert werden, und unter Berücksichtigung der Wahltermine. Die amerikanische Energiepolitik mit einem zu niedrigen Energiepreis ist ein Beispiel dafür, wie ein politischer Preis im Geflecht der Interessengruppen, der regionalen und sektoralen Interessen, und der gegebenen politischen Programme verkrustet und nicht an geänderte Bedingungen angepaßt werden kann. Politische Preise sind durch ein starkes Beharrungsvermögen gekennzeichnet („administrierte Preise“) und führen, wie das Beispiel der amerikanischen Energiepolitik zeigt, zu mangelnder Anpassungsfähigkeit an geänderte Knappheitsbedingungen.

Die mit einer Preisregulierung einhergehenden Verzerrungseffekte in der Allokation (Sektorstruktur, Raumstruktur) sind häufig beschrieben worden. Sehr oft liegen sie auf der Hand, so wie beim Preisstopp in der Nixon-Ära, der sich auch auf Erdgas bezog und die Bohrung nach „off-shore“-Quellen nahezu zum Erliegen brachte. Eine der ersten Maßnahmen bei der Rücknahme des Preisstopps war dann auch, den Preis für Erdgas um 37 % zu erhöhen – ein doch nicht unerheblicher Preisschub.

Bei anderen Preisregulierungen sind die Verzerrungseffekte auf den ersten Blick weniger deutlich. In den USA ist beispielsweise der Preis für „Interstate“-Erdgas, also Gas, das von einem Bundesstaat zum anderen transportiert wird, durch bundesstaatliche Eingriffe (Höchstpreise) festgelegt, während einzelne Bundesstaaten wie z. B. Texas den „Intrastate“-Preis, also den in Texas geltenden Preis, sich frei am Markt bilden lassen. 1979 beispielsweise lag der Preis in Texas viermal so hoch wie der „Interstate“-Preis. Die Konsequenz dieses Eingriffes wurde in den strengen Wintermonaten Januar und Februar 1979 sichtbar. Die nördlichen Bundesstaaten erhielten nicht genügend Erdgas, und Betriebe mußten teilweise mehrere Wochen schließen. In Texas dagegen war Erdgas reichlich vorhanden. Diese unbeabsichtigte räumliche Preisdifferenzierung mit der Gefahr der Nichtverfügbarkeit von Erdgas bewirkt eine Standortverlagerung der Industrie nach den Südstaaten, und diese

Standortentscheidungen gehen nicht auf echte komparative Standortvorteile, sondern auf verzerrende politische Eingriffe zurück.

Die Problematik politischer Preise besteht nicht zuletzt auch darin, daß ihre Änderungen abrupt erfolgen und damit den Anpassungsdruck verschärfen. In der Bundesrepublik haben wir diese Erfahrung mit den Aufwertungsentscheidungen machen können, die oft hinausgeschoben wurden, dann aber mit starken Sprüngen vorgenommen wurden. Damit wurden abrupt die Export- und Importbedingungen schlagartig geändert, und eine Reihe von Unternehmen hatte Schwierigkeiten, sich schnell an diese abrupten Änderungen anzupassen. Entlassungen und Kurzarbeit waren die Folge, die zum Teil durch die abrupte Änderung eines politischen Preises verursacht wurden.

Die Konsequenzen der Subventionierung

Die mit der Rationierung verbundene Idee der Gerechtigkeit bedeutet, daß die knapper gewordene Menge zu einem niedrigeren Preis als dem Marktpreis auf die Nachfrage zugeteilt wird. Handelt es sich bei dem rationierten Gut um ein Importgut, so kann man den niedrigeren Preis nur halten, wenn die hohen Weltmarktpreise durch Subventionen auf ein niedrigeres Inlandsniveau heruntergeschleust werden. Diese Subventionen müssen aus dem Staatshaushalt aufgebracht werden. In der öffentlichen Diskussion findet die Idee eines niedrig gehaltenen Preises eine sympathische Aufnahme. Eine solche Politik haben Italien und Belgien 1973 für Erdölprodukte verfolgt, mit der Konsequenz, daß sie kein Öl erhielten. Die Wirtschaftswissenschaft ist – leider – die Lehre von der Knappheit, und Knappheit wird nicht durch Wünsche allein überwunden.

Auch wenn es sich um ein im Inland hergestelltes Produkt handelt, ist eine Subventionierung unausweichlich. Der niedrigere Preis reduziert die Produktionsanreize, da die Produktion des rationierten Produkts im Vergleich zu anderen Gütern nicht mehr lohnend erscheint. Auch hier muß deshalb das rationierte Produkt durch Subventionen preislich gestützt werden.

Viele Länder subventionieren Produkte, insbesondere solche Güter, die für Konsumenten als sehr „wichtig“ betrachtet werden. Da Subventionen über den Staatshaushalt, d. h. also über Steuern finanziert werden müssen, stellt der Budgetausgleich eine Schranke für das Ausmaß der Subventionen dar. Es ist unausweichlich, daß sich im Laufe von Jahren diese Budgetschränke bemerkbar macht, etwa wenn der Subventionsbedarf steigt, weil sich die Nachfrager ge-

rade wegen der Rationierung nicht umstellen, oder andere Subventionszwecke, die noch dringlicher sind, auftreten. Dann müssen die Subventionen revidiert werden, und es setzt ein politischer Prozeß der Preisrevision mit den oben beschriebenen Problemen ein.

Die polnische Lektion

Was hier nur als akademisches Argument oder als Lappalie erscheint, wird etwas plastischer, wenn man sich die polnischen Erfahrungen mit subventionierten Preisen in den Jahren 1956, 1969, 1976 und 1980 ansieht. Die politischen Änderungen in Polen in diesen Jahren hängen ursächlich mit der Subventionspolitik zusammen. Betrachten wir das Jahr 1969. Die Preise landwirtschaftlicher Produkte, im Interesse der Konsumenten erheblich aus dem Staatshaushalt subventioniert, mußten aus zwei Gründen angehoben werden: einmal weil das staatliche Budget nicht mehr belastbar war, und zum anderen weil die landwirtschaftliche Produktion für den Export angekurbelt werden sollte. Dies wiederum war erforderlich, weil man Devisen brauchte, mit denen man Kapitalgüter wie Maschinen importieren wollte, kurzum, weil die Zahlungsbilanzrestriktion ihren Respekt verlangte.

Die Erhöhung der Preise landwirtschaftlicher Güter hat bei gegebenen Lohnsätzen die unangenehme Folge, die Reallöhne zu verringern. Dieses merkten die Werftarbeiter von Danzig, und Gomulka mußte gehen. 1976 und 1980 ergab sich die Notwendigkeit der Anpassung der Preise für landwirtschaftliche Produkte und die Änderung der Subventionspraxis durch die starke Belastung des Budgets infolge der weltweit gestiegenen Energiepreise. In diesen Fällen hat die Politik eines niedrigen Preises zu erheblichen politischen Umstürzen geführt. Die Vorteile einer kurzfristigen Lösung müssen mit erheblichen langfristigen Nachteilen erkauft werden. Zu diesen langfristigen Opportunitätskosten gehört die Reduzierung der politischen Stabilität.

Die Kriminalisierung des Tauschs

Bei einer Rationierung wird es immer Nachfrager geben, die hinter einem Produkt (wie z. B. Benzin) besonders stark her sein werden (Autonarren) und die bereit sind, einen größeren Teil ihres Einkommens für dieses Produkt auszugeben, die also eine höhere Zahlungsbereitschaft haben. In dieser Situation sind Tausch und Arbitrage das Normalste der Welt. Wenn man dem Mütterchen Müh Benzingutscheine zuteilt, warum sollte sie, wenn sie diese Benzingutscheine nicht ihrem Enkelkind zu Weihnachten schenkt, diese Scheine nicht an den Fabrikdirektor X verkaufen dür-

fen? Dem Regierungsbürokraten, der das Rationierungssystem verwaltet, wird dies nicht gefallen, denn Mütterchen Müh unterläuft seine Planungen und bringt Unsicherheiten in sein System. Über kurz oder lang wird der Transfer der Benzingutscheine verboten und unter Strafe gestellt. Etwas Normales wird kriminalisiert, denn schwarze oder graue Märkte werden nicht geduldet. Damit kann die Rationierung eine Atmosphäre schaffen, in der es üblich und selbstverständlich wird, Freiheitsspielräume des Individuums einzuschränken. Die Volkswirtschaft findet teilweise im Untergrund statt, wie in der Persiflage über den „Käsestrom in Mausehausen“⁶ so treffend beschrieben.

Wer diese Ideen für überspannt hält, möge sich ausmalen, was eine Benzinrationierung für Grenzbewohner bedeutet, wenn im Ausland nicht gleichzeitig eine Rationierung praktiziert wird. Einige Grenzbewohner werden es als lohnend empfinden, ins Ausland zu fahren und dort Benzin zu tanken, selbst wenn auf diese Weise unnötig Benzin für Fahrten verbraucht wird. Will der Staat dieses ausweichende Verhalten vermeiden, so muß er zusätzliche Kontrollen an den Grenzen einrichten. Die Bewegungsfreiheit von Personen kann eingeschränkt werden.

Die Transferierbarkeit von Rationierungsmengen (Bezugscheinen) sichert, daß die Tauschpotentiale bei den Nachfragern ausgeschöpft werden. Akzeptiert man, daß die Zahlungsbereitschaft ein sinnvoller Ausdruck für Bedürfnisse ist, so rückt die Transferierbarkeit die Möglichkeit näher, die rationierten Mengen optimal auf der Nachfrageseite zu verteilen. Anreize für die Angebotsseite gehen von der Transferierbarkeit jedoch nicht aus, es sei denn, die Anbieter können direkt mit den Nachfragern in Kontakt treten. Dann aber ist die Rationierung durch einen Markt beseitigt.

Der Kobra-Effekt

Man darf darauf hinweisen, daß Wirtschaftssubjekte nicht immer so reagieren, wie Wirtschaftspolitiker sich dies bei der Abfassung von Gesetzen vorstellen. Professoren haben diese Erfahrung bei der Abfassung von Prüfungsordnungen machen müssen. Studenten haben auf Regelungen nicht immer so reagiert, wie sich das Hochschullehrer und Gremien gewünscht haben, sondern haben sehr schnell die Möglichkeiten einer Prüfungsordnung voll ausgeschöpft. In der englischen Kolonialverwaltung Indiens soll einmal – weil es zu viele Kobras gab – eine Prämie pro Kopf einer getöteten Kobra ausgesetzt worden sein. Einige Einheimische reagierten darauf mit der Einrichtung einer Ko-

⁶ Vgl. N. N. in: Nationalökonomologie, hrsg. von O. V. Trebeis, Tübingen (J. C. B. Mohr) 1979, S. 154-160.

bra-Farm. Mit diesem Kobra-Effekt hat eine Rationierungspolitik zu rechnen, wenn es nicht gelingt, den Verteilungsschlüssel in geeigneter Weise zu setzen.

Ein Kobra-Effekt stellt sich beispielsweise ein, wenn die Rationierung angekündigt wird. Denn der Ankündigungseffekt würde einen Anreiz darstellen, ein hohes Verbrauchsniveau nachzuweisen, damit man günstige Zuteilungsmengen erreicht. Der Ankündigungseffekt bewirkt also das Gegenteil dessen, was unbedingt erforderlich ist: die Beseitigung der Verknappung.

Aber auch ein anderes ausweichendes Verhalten ist vorstellbar. Wird etwa nach Fahrzeugen verteilt, so lohnt es sich, ein zusätzliches Fahrzeug anzumelden. Wird auf Fahrzeuge abhängig vom Benzinverbrauch verteilt, lohnt es sich nicht, auf kleinere Fahrzeuge umzusteigen.

Wie gut Wirtschaftssubjekte Rationierungen unterlaufen können, hängt neben der Stringenz und Totalität des Rationierungsansatzes auch von der Mentalität ab. Ein Maghrebinier oder ein Schweißk kommen mit solchen Systemen besser zurecht als ein gesetzestreuer Preuße. Von der Ablöse, die in Österreich beim Wohnungswechsel fällig ist und die niedrigen Mietzinsen teilweise aufhebt, bis zu Schwarzmarkt und Schmuggel sind hier viele Varianten denkbar.

Der totale Interventionismus

Die Idee der Rationierung stößt noch auf eine andere Schwierigkeit, die Frank Knight an der Fabel des Königs „Hoomhomho“⁷ prächtig illustriert hat. Wenn z. B. der Preis für Brot – was ja wünschenswert erscheint – niedrig gesetzt wird, so sollte man nicht überrascht sein, wenn der Bäcker darauf verfällt, anstatt Brot Brötchen anzubieten, die nicht einer Preisregulierung unterworfen sind. Über kurz oder lang muß der Staat auch Brötchen in die Preissetzung einbeziehen. Ist der Bäcker nicht tumb, wird er auf Rosinenbrötchen ausweichen. Wenn der Staat auch diese erfaßt, lohnt sich das Angebot von Konditorwaren. Letztendlich sind alle Mehlprodukte zu rationieren.

Es ist aber unzumutbar, nur den Preis der Produkte des Bäckers festzulegen. Man muß auch seine „Inputs“ preislich regeln. Damit werden auch die Preise für Mehl staatlich fixiert und letzten Endes die gesamte Weizenproduktion. Auch die Lohnkosten des Bäckers können nicht beliebig frei variieren. Preiskontrolle ruft in diesem Beispiel auch sehr schnell nach einer Lohnkontrolle. Die Tarifautonomie, ein anderer Bewegungsspielraum einer Gesellschaft, kommt in die Schußlinie.

Man stelle sich eine Rationierung bei Benzin mit entsprechender Preisfestsetzung vor. Angenommen, es findet jemand ein Gemisch von 80 % Benzin und 20 % Methanol; dann muß auch dieses neue Gemisch der Rationierung unterworfen werden. Wann immer ein privates Wirtschaftssubjekt eine Möglichkeit findet, die Rationierung zu umgehen, muß der Staat Vorschriften „nachliefern“. Der Interventionismus ist letzten Endes total. Wie ein Ölfleck im Grundwasser breitet er sich schließlich in der gesamten Wirtschaft aus („Ölflecktheorie“ des Interventionismus).

Wird die Knappheit beseitigt?

Alle diese Argumente kann der Leser mit einem müden Lächeln beiseite schieben. Aber wie sieht es mit den folgenden Überlegungen aus? Wenn Energie knapper wird, so gibt es darauf nur zwei sinnvolle Fragen: Wie kann die Nachfrage nach Energie reduziert werden? Wie kann das Angebot an Energie stimuliert werden? Leider gibt die Rationierung auf diese beiden wichtigen Fragen keine befriedigende Antwort.

Wenn der Verteilungsschlüssel der Rationierung „gerecht“ ist, so erhalten diejenigen, die bisher viel Benzin verbraucht haben, anteilmäßig eine größere Menge. Man wird etwa denjenigen, die außerhalb der Großstädte im Grünen wohnen, eine größere Menge zuweisen. Der Anreiz, auf erdölsparende Verkehrsmittel auszuweichen, ist bei einem solchen Verteilungsschlüssel gering. Ein Umsteigen auf den öffentlichen Nahverkehr kann kaum erreicht werden. Letztlich bestimmt der Benzinpreis auch die Siedlungs- und Standortstruktur. Die Rationierung gibt die richtigen Knappheitssignale nicht an die Wirtschaftseinheiten weiter und schreibt diese Strukturen fest. Die Siedlungsstruktur bleibt bei einer Rationierung nach dem bisherigen Verbrauchsmuster weiterhin zerstreut.

Auch im industriellen Bereich würde die Zuteilung nach dem bisherigen Verbrauch relativ wenig Anreize zur Energieeinsparung mit sich bringen. Die bisherigen Verbrauchshöhen werden zu einer Art Rechtsposition, die staatlich sanktioniert wird. Von der Rationierung geht zwar wegen der (im Vergleich zum bisherigen Verbrauch) geringeren Menge ein Innovationsdruck für eine Unternehmung aus, die zentrale Frage für die Unternehmung ist aber: Wie kann sie mit der gegebenen Menge maximale Resultate erzielen? Der Innovationsimpuls wird damit auf das rationierte Produkt fokussiert. Da Preise ausgeschaltet sind, werden Alternativtechnologien wie die Solarenergie weniger schnell wettbewerbsfähig. Folgerichtig müssen dann staatliche För-

⁷ Vgl. Bruce Knight: The Ballade of „Right Price“, in: Nationalökonomie, a.a.O., S. 149-153.

derungsprogramme entwickelt werden, um eine Wachstumsbranche par excellence wie die Solartechnologie, die sich durchaus aus eigener Kraft entwickeln könnte, zu stimulieren.

Auch auf der Angebotsseite stellt die Rationierung relativ geringe Impulse bereit, eine Verknappung zu beseitigen. Die im Rahmen der Theorie natürlicher Ressourcen angesprochenen Anpassungsprozesse beziehen sich auf Exploration, Abbau ungünstiger Rohstoffarten, in bezug auf Lage, Qualität und Abbaukosten, Entwicklung von Substituten, Konzipierung neuer Verwendungstechnologien usw. Gerade weil die Rationierung die Nachfrageseite nicht zu einer Umstrukturierung anregt, fallen auch die Knappheitssignale für die Angebotsseite falsch aus.

Das Interesse zukünftiger Generationen

Bei einer Reihe von Gütern, von denen man vermuten kann, daß wir nur begrenzte Mengen für mehrere Generationen oder gar die gesamte Menschheit der Zukunft produzieren können, ergibt sich die Frage, inwieweit wir bei heutigen Nutzungen die Interessen der zukünftigen Generation zu berücksichtigen haben. Bei den natürlichen Ressourcen, seien sie erneuerbar wie Holz oder nicht erneuerbar wie Erdöl, spricht man von einer gemeinsamen Ressourcenbasis der Menschheit. Die neuere Allokationstheorie weist darauf hin, daß die Nutzung einer Ressourceneinheit heute bewirkt, daß zukünftigen Generationen Nutzen entgeht. Diese Opportunitätskosten der heutigen Nutzung, also die Nutzenentgänge der zukünftigen Generationen, sind bei den heutigen Entscheidungen zu berücksichtigen. Die „user costs“, also die entgangenen Nutzen der zukünftigen Generationen, müssen in die Entscheidungen heute eingehen.

Ohne staatliche Eingriffe geschieht dies teilweise – wenn auch vielleicht unvollkommen – über den Markt und das Kalkül des Ressourcenbesitzers. Jeder Ressourcenbesitzer macht eine Rechnung auf, was ihm der Verkauf der Ressource heute oder in der Zukunft bringt. Verkauft er heute zum Preis p_0 , und legt er diesen Erlös auf dem Kapitalmarkt an, so hat er in der nächsten Periode einen Wert $p_0(1+i)$, wobei i den Zinssatz kennzeichnet. Liegt dieser Wert niedriger als der erwartete Verkaufspreis p_1 der nächsten Periode, so lohnt sich der Verkauf heute nicht, und die Ressource bleibt in der Erde. Liegt der Wert $p_0(1+i)$ höher als der erwartete Preis p_1 der nächsten Periode, so wird die Ressource heute verkauft. Indem der Ressourcenbesitzer Erwartungen über die Zukunft bildet, berücksichtigt er die „user costs“ einer heutigen Verwendung der Ressource, die für ihn relevant sind. Damit finden

die Interessen zukünftiger Generationen in das Angebotsverhalten und die Marktgeschehnisse Eingang.

Da der Ressourcenbesitzer die „user costs“ einbringt, differiert bei natürlichen Ressourcen notwendigerweise der Preis der Ressource von den Abbaukosten pro Einheit: die „user costs“ stellen eine Knappheitsrente dar. Wird nun eine Rationierung eingeführt, so wird gerade diese Knappheitsrente teilweise aufgehoben. Die Interessen zukünftiger Generationen werden nicht berücksichtigt. Wenn sich die Rationierung als durch Gerechtigkeitsüberlegungen motiviert darstellt, so gilt das nicht mehr für eine Gerechtigkeit in der Zeit, d. h. für eine Verteilungsgerechtigkeit zwischen Generationen. Rationierung kann also auch gegen das Gerechtigkeitsgebot verstoßen.

Das intertemporale Allokationskalkül des Ressourcenbesitzers macht auf eine wichtige Implikation aufmerksam. Wie wir gesehen haben, reduziert Rationierung das Auffinden alternativer Technologien, etwa einer sogenannten „Backstopp“-Technologie (wie z. B. die Sonnenenergie oder die Kern-Fusion), die ein Substitut zu einer Ressource bereitstellen kann. Die Erwartung, daß eine Backstopp-Technologie kommen kann, bedeutet für den Ressourcenbesitzer, daß er einen geringeren Preis in der Zukunft zu erwarten hat. Dies bewirkt, daß er heute anbietet. Da Rationierung alternative Technologien hemmt und Anpassungsprozesse auf der Nachfrageseite vermeidet, erhöht sie den erwarteten Preis der Ressource. Dies macht es für den Ressourcenbesitzer lohnender, die Ressource im Boden zu lassen und heute nicht anzubieten. Rationierung verringert über den Einfluß auf die Erwartungen das heutige Angebot.

Eine zwiespältige Begründung

Rationierung mag aus statischer Sicht gerecht erscheinen. Sie ist ungerecht, wenn man internationale Verteilungsaspekte wie das Nord-Süd-Problem berücksichtigt. Und sie ist auch ungerecht, wenn man die Verteilungsgerechtigkeit auf Generationen bezieht. Die Begründung der Rationierung mit dem Gerechtigkeitsargument ist also zwiespältig und nicht zwingend. Darüber hinaus aber beseitigt Rationierung nicht die Verknappung, sondern perpetuiert sie. Rationierung ist EG-Agrarpolitik mit umgekehrten Vorzeichen. Wo die Agrarpolitik Berge von Überschüssen gebiert, beschert die Rationierung Schlaglöcher der Knappheit. Die Wirtschaftspolitik ist gut beraten, wenn sie die langfristigen Auswirkungen einer Rationierungspolitik *sine ira et cum ratio* kritisch analysiert und die langfristigen Anpassungsprozesse nicht außer acht läßt.